

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538 ...
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No 17.

C 81 a, den 24. August 1918

VI. Jahrgang.

Die Lohngestaltung nach dem Kriege.

Zu welchem Zeitpunkt der Weltkrieg in der Hauptphase sein Ende erreicht, vermag heute mit Bestimmtheit kein Mensch zu sagen. Ewens wenig unter welchen Bedingungen er beendet werden wird. Davon wird es aber in letzter Linie abhängen, wie sich die wirtschaftlich soziale Lage der großen Masse der Angestellten und Arbeiter in der Zukunft gestalten wird.

Die absolute Höhe des Lohnes ist nicht, wie so viele heute glauben, ausschlaggebend. Eine viel größere Bedeutung hat die Kaufkraft des Geldes. Letztere ist ausschlaggebend für die Beurteilung dafür, ob der Lohn als angemessen zu erachten ist, oder nicht. Ebenso gut wie man den Lohn, gleich 100, die Kosten für Ernährung gleich 10, für Miete gleich 25, für Kleidung gleich 10 und für sonstige Bedürfnisse gleich 25, leben kann, können die Zahlen verdoppelt oder vervielfacht werden, ohne daß dadurch die Lebenshaltung in irgend einer Weise beeinflusst werden braucht.

Ausschlaggebend für die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten, wie überhaupt für die Mehrzahl der Volksgenossen ist der Stand unserer Volkswirtschaft, bedingt durch Handelsverträge, Stand der Wälua, Reich der Rohstoffe, Leistungsfähigkeit der Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr. Wie sich diese Dinge nun aber nach Beendigung des Krieges gestalten werden, steht noch dahin. Keim Mensch kann voraussagen, wie im Friedensverträge die Vereinbarungen lauten werden. Inwieweit sind die Interessen der deutschen Arbeiterschaft auf Tod und Leben mit denen des gesamten deutschen Volkes eng verbunden. Mögen somit die Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten noch so weit auseinandergehen, in diesem Punkte gibt es nur ein Ziel, nur einen Wunsch.

Da zweiter Linie wird die Lebenshaltung unserer Volksgenossen bestimmt durch die Größe des Anteils, welchen sie an Erträge der Produktion in Form ihres Lohnes erhalten. Eine Zweifel ist dieser Anteil, obgleich der Lohn gegenüber 1914 zum Teil um 50 bis 100 Prozent gestiegen, in den Kriegsjahren weitaus zurückgegangen. Die Tatsache, daß ein großer Teil der Bevölkerung erhebliche Gewinne machen konnte, — nicht nur die Kriegsindustrie, auch die Landwirtschaft, weite Kreise des Handels und des Handwerks konnte erhebliche Heberträge verzeichnen. — kommt nicht in Betracht. Ganz bestimmte Gründe sind hierfür maßgebend. In der Regel ist es die große Nachfrage, der ein entsprechendes Angebot zu gegenübersteht, die auf Lohnhöhe bedingte Gewinn auch einem Teile der Arbeiterschaft zufließen konnte. Indem gelernt

Arbeiter waren sehr gesucht und auch entsprechend entlohnt. Aber nur ein geringer Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft konnte in etwa die Konjunktur ausnützen. Die große Masse dagegen fand, trotz Arbeitermangel und starker Nachfrage, in ihrer Lebenshaltung immer mehr herab. Mehr als durch die Kriegsnöwendigkeiten bedingt ist. Wie wird sich nun erst die Lage nach Kriegsende, wenn Millionen von Arbeitskräften wieder frei werden, wenn die Industrie sich wieder auf die Friedenswirtschaft einstellen muß, gestalten? Hunderttausende von weiblichen Arbeitskräften sind zu Berufe eingebrochen, in der sie vor dem Kriege nicht anzutreffen waren. Die notwendig werdende Umgruppierung wird nicht ohne Schwierigkeiten sich vollziehen. Werden wir genügend Rohstoffe bekommen, um alle verfügbaren Arbeitskräfte beschäftigen zu können?

Wenn es in der verhältnismäßig günstigen Zeit, wo Arbeitskräfte bedeutend mehr verlangt wie angeboten, nicht gelungen ist, den Lohn, entsprechend der Leistung der Lebenshaltung, zu steigern, wird dieser dann in späterer Zeit gesinken? Wird nicht der gesamte soziale Fortschritt der letzten Jahrzehnte wieder eingebüßt werden? Diese und ähnliche Fragen drängen sich heute einem jeden auf, der soziale Verantwortung zu tragen hat. Zwingen uns nicht diese Umstände, den Ursachen nachzugehen? Dürfen wir als Arbeiter und Angestellte uns auch noch in der Zukunft den Gurus des Indifferentismus in dem Maße leisten, wie bisher? Oder haben wir nicht die Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Man beachte wohl, die Lohnhöhe ist, neben der sonstigen Faktoren, wie Angebot und Nachfrage, mehr, wie die Preisbildung auf dem eigentlichen Warenmarkt abhängig, von anderen Umständen.

Der Einfluß eines Standes, im öffentlichen Leben, seine Wirkung, sein Ansehen sind Momente, die nicht ohne Einfluß auf sein Einkommen sind. Man vergleiche doch nur, wie heute die mehr oder auch weniger notwendigen gesellschaftlichen Verpflichtungen bei Bemessung der Beamteneinkünfte Berücksichtigung finden. Nicht zuletzt wird gerade nach dem Kriege die Stärke und der Einfluß der Berufsorganisation von mitentscheidender Bedeutung sein.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden. Mit Bestimmtheit läßt sich die Lohngestaltung nach Beendigung des Krieges nicht voraussagen. Von dem Verhalten der Mehrzahl der Berufskollegen wird es abhängen, ob die Arbeiter und Angestellten in der Lage sein werden, die Entwicklung mehr oder weniger in ihrem Interesse zu beeinflussen.

Aus unseren Bezirken.

Zur Lohnbewegung in Köln. Am Dienstag, den 20. August fanden zwischen dem Herrn Oberbürgermeister und den Vertretern der beteiligten Organisationen und Arbeiterausschussmitgliedern Verhandlungen über unsere Eingabe statt.

Der Herr Oberbürgermeister erklärte dem Stadtoordnetenkollegium eine Vorlage unterbreiten zu wollen, nach der

1. den städtischen Arbeitern, Arbeiterinnen und dem Fahrpersonal der Straßenbahn eine Zulage von 1 Mt. pro Tag ab 1. September gewährt werden soll.

2. Im Herbst dieses Jahres eine einmalige besondere Zulage, deren Höhe noch nicht bestimmt werden könne, zu zahlen.

3. Auf besonderen Antrag des Vertreters unseres Verbandes wurde sodann angefragt, daß ab 1. September die weiblichen Angestellten der Straßenbahn hinsichtlich der Ruhe- lage mit den männlichen gleichgestellt werden sollen.

Das bedeutet die Freigabe eines weiteren Arbeitstags im Monat, wie es bereits im vergangenen Jahre von uns beantragt war, aber infolge Verzichtes der weiblichen Lohnkommissionenmitglieder nicht durchgeführt wurde. Wir kommen in der nächsten Nummer ausführlich auf die Bewegung zurück.

Aus den Ortsgruppen.

Wettinghausen. Seit längerer Zeit schon machte sich auch bei dem Personal der „Heine-Wettinghauser Straßenbahn“ der Gedanke geltend, daß etwas zur Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse in diesem Betriebe geschehen müsse. Ähnlere Gestalt erhielt dieser Gedanke nun in letzter Zeit durch Anschluß eines Teiles des Personals an unseren Verband. Die Kolleginnen und Kollegen sahen ein, daß nur durch gemeinsames, geschlossenes Vorgehen bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Doch muß allein das Personal, sondern auch die Verwaltung der Straßenbahn sich dies ein, weil sie aber anscheinend nicht den Willen hat, irgendwelche Verbesserungen für ihre Angestellten durchzuführen, versucht sie nun mit allen erdenklichen Mitteln den Anschluß des Personals an die gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. So wurde z. B. ein Kollege, der seine Lehrtätigkeit nicht beenden wollte, entlassen. Zugleich aber wurde ihm erklärt, wenn er aus dem Verbands austräte, könne er wieder eingestellt werden. Und tatsächlich macht der Betreffende nachdem er uns seinen Austritt aus dem Verbands erklärt hat, wieder seinen Dienst. Daß unter solchen Umständen manche Kolleginnen und Kollegen zu argwöhnlich sind, die Versammlungen zu besuchen und sich dem Verbands anzuschließen, ist schließlich allzu begreiflich. Und doch bleibt ihnen, wollen sie ihre Verhältnisse dauernd bessern, kein anderer Weg, als sich geschlossen an der gewerkschaftlichen Arbeit zu beteiligen. Sollte dann die Verwaltung dann soweit gehen, einzelnen Leuten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands Scharwächereien zu machen, so gibt es noch Mittel und Wege, diesen Wächern einer sozial rückständigen Verwaltung entgegen zu treten. Unsere Behörden, Generalkommando und Kriegsmilitär können und werden es nicht dulden, daß man Leute wegen ihrer Verbandszugehörigkeit aus dem Dienste entläßt und dadurch die Aufrechterhaltung solcher kriegswirtschaftlich wichtigen Betriebe erschwert oder gefährdet. Daß aber Verbesserungen, wie sie das Personal durch die Organisation zu erlangen sucht, notwendig sind, läßt ja die Verwaltung auch selbst bedauern zu, daß sie nun, nachdem die Organisation empfiel, schnell empfe, wenn auch nicht genügende Lohnzulagen bewilligte, so z. B. in der Wertkarte bis zu 15 Pfg. per Stunde. Die bedenkenden Kolleginnen und Kollegen werden ja einsehen, daß auch diese Zulagen schon der Organisation zu danken sind. Dar die Verwaltung diese doch anscheinend nur bewilligt, um dadurch den Organisationsgedanken sofort im Keime zu erlöchen. Dementsprechend auch alles wohlwollende Entgegenkommen, das man überhaupt jetzt dem Personal zeigt. Nur um das Personal einzuschüchtern und vom Wege der gemeinsamen Selbsthilfe abzuhalten, kommt man ihm in einigen kleinen Wünschen entgegen, um nachher am so sicherer wieder in allgemeiner Weise schalten und walten zu können. Wird das Personal sich nur die Teile der Lohn- Karte vorrechnen lassen, oder wird es

ehrlich und rechtschaffen mitwirken an der Vertretung seiner Standesinteressen?

Wir glauben aus dem Herzen der Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, wenn wir sagen: „Nun erst erst recht! Eine sozial rückständige Verwaltung kann wohl dem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Angestellten und Arbeiter Schranken in den Weg legen, ihn aber nicht dauernd verhindern.“

Mülheim-Nahr. Die hiesige städtische Straßenbahnverwaltung setzt ihre Bemühungen, ihre Angestellten und Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, unermüdet fort. Daß sie es nicht wagen würde, ihre Drohung, die Besucher einer Versammlung aus dem Dienste zu entlassen, wirklich durchzuführen, war ja vorauszusehen. Aber sie versucht es mit anderen Mitteln. Nach erwähnter Versammlung gab der Herr Inspektor den Leuten den Rat, das Geld, das sie an die Organisation zahlen, doch lieber dazu zu verwenden, sich einen gemütlichen Abend zu machen. Wir würden uns ja herzlich freuen, wenn wir an einem solchen „gemütlichen Abend“ unter vollzähliger Beteiligung des gesamten Personals und des Herrn Inspektors auch mal teilnehmen dürften und uns dort Redefreier zugesichert würde. Vielleicht würden manche Kolleginnen und Kollegen und der Herr Inspektor eine andere Auffassung von dem Werte der an die Organisation gezahlten Beiträge bekommen. Ein anderes Mittel zur Bekämpfung der Organisation besteht darin, daß man den Mitgliedern den Dienst so bereitet, daß sie selbst aus dem Dienste austreten. Auf diese Weise wurden schon zwei Kolleginnen, die dem Vorstande der Ortsgruppe angehören, aus dem Betriebe geelst. Wir möchten nun den Kolleginnen und Kollegen den Rat geben, sich durch solche geschäftige Wächereien nicht zum freiwilligen Aufgeben des Dienstes verleiten zu lassen. Dann erreicht die Verwaltung ja, was sie will. Auf diese Weise wird sie vor und nach alle organisierten Kolleginnen und Kollegen laß werden und jeder eigener Herr im Hause sein. Daß die Verwaltung neben diesen Schikanen auch versucht, mit kleinen Verbesserungen und recht schönen Versicherungen das Personal von der Organisation abzuhalten, ist selbstverständlich. Aber das steht heute schon fest, daß ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen sich nicht auf solche Weise täuschen läßt. Sie werden allen Wächereien zum Trotz treu auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter gehen in dem Bewußtsein, nur so dauernd ihre Lage verbessern zu können.

Angewiesen wurde beschlossen, dem Herrn Oberbürgermeister und dem Stadtoordnetenkollegium eine Eingabe zu unterbreiten, in der eine angemessene Lohnerhöhung, bessere Bezahlung der Heberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Urlaub usw. beantragt wird.

Wenn die Stadtverwaltung, wie wir bestimmt hoffen, die volle Berechtigung dieser Wünsche anerkennen wird, dann wird auch die Straßenbahnverwaltung deren Durchführung auf die Dauer sich nicht widersetzen können. In dem Augenblick aber, in dem die Verwaltung die Rechte der Angestellten und Arbeiter respektiert, anstatt zu versuchen, diese zu unterdrücken, kann ein verträgliches Verhältnis zwischen Verwaltung Angestellten und Arbeitern Platz greifen. Beide Teile können dabei nur profitieren.

Essen — Straßenbahner. Gute Fortschritte macht in letzter Zeit unsere Bewegung unter den hiesigen Straßenbahnern. Die Zahl der unserem Verbands beigetretenen Kolleginnen und Kollegen hat 800 bereits überschritten, so daß das erste Tausend sehr bald erreicht sein dürfte. Die Kolleginnen und Kollegen sehen ein, daß nur durch Zusammenstoß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage möglich ist. Auch sind die meisten vernünftig genug, zu erkennen, daß nicht alle berechtigten Wünsche auf einmal Erledigt werden können. Die vor einigen Wochen bewilligte Lohnaufbesserung und Schaffung von Arbeiterausschüssen wird vom Personal als ein guter Schritt auf dem Wege zur Hebung des Vertrauens anerkannt. Weitere, den Preisverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserungen, Verkürzung der Dienstzeit, Gewährung von Urlaub, bessere Bezahlung von Heber-, Sonntag- und Arbeit an freien Tagen, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit, insbesondere aber bessere Behandlung und Wahrung des Strafmittels sind durchaus berechtigte Wünsche, deren Erledigung eine andauernde, eifrige Verbandsstätigkeit, ein einziges, geschlossenes Vorgehen aller Kolleginnen und Kollegen erfordert. Stehen alle treu und geschlossen hinter ihren Arbeiterausschussvertretern, wird es auch diesen möglich sein, manchen Wünschen des Personals Geltung zu verschaffen. Die Arbeiterausschüsse haben eine doppelte Pflicht. Erstens die, das Personal zu treuer, gewissenhafter Erfüllung seiner Dienstpflichten, zu Ordnung und Pünktlichkeit zu erziehen und anzuhalten und dadurch ein tatsächliches Verhältnis zwischen Verwaltung und Personal anzustreben, zweitens die berechtigten Wünsche und Beschwerden des Personals der Verwaltung gegenüber zu vertreten. Um so leichter aber wird

in seine Arbeit werden, je mehr das Personal einerseits durch Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit im Dienste der Verwaltung jeden Anlaß zur Unzufriedenheit mit den Dienstleistungen des Personals nimmt, andererseits durch Stärkung des Organisations und dem Ausschusse den erforderlichen Nachhall bietet, um die Wünsche des Personals energisch vertreten zu können. Zeigt man bei der Verwaltung, daß wir organisierte Straßenbahner darauf bedacht sind, im Dienste pünktlich und korrekt zu sein, daß wir auch von der Verwaltung ein Eingehen auf unsere berechtigten Wünsche erwarten.

Wenn wir eingangs erwähnten, daß die Zahl der dem Verbande beitretenden Kollegen und Kolleginnen immer mehr zunimmt, so muß doch gesagt werden, daß der Besuch der Versammlungen oft noch zu wünschen übrig läßt. Aber erst durch guten Versammlungsbefuch bringen wir unseren Einfluß nach außen hin zur Geltung. Also muß der Besuch der Versammlungen noch besser werden. Ebenso muß jedes Mitglied selbst dafür sorgen, daß es mit den Beiträgen nicht in Rückstand kommt. Durch pünktliches Zahlen muß den Vertrauensleuten ihre Arbeit, die sie doch im Interesse der Gesamtheit leisten, erleichtert werden. Im allgemeinen kann man hoffen, daß unsere Offener Straßenbahnbewegung im Laufe der Zeit zum Mittelpunkt der Straßenbahnerbewegung im Industriegebiete werden und dadurch zur Deutung des Straßenbahnerberufes im allgemeinen wesentlich beitragen wird.

Zucht, Weistalen. Recht reges gewerkschaftliches Leben entwickelt sich in letzter Zeit in unserem kleinen, altberühmten Städtchen. Neben den Eisenbahnern, Metallarbeitern, Holzarbeitern usw. haben sich auch seit einigen Wochen eine Anzahl handlicher Arbeiter der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen. Auch sie haben eingesehen, daß sie verpflichtet sind, am gemeinsamen Kampfe der deutschen Arbeiterschaft mitzuwirken. Durch diese Mitarbeit an den Allgemeinaufgaben der Gewerkschaftsbewegung wird es ihnen auch möglich sein, ihre eigenen, am Feil recht bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzubessern. Es ist zu hoffen, daß die Stadtverwaltung berechnete Schritte nach einer solchen Verbesserung in wohlwollender Weise prüfen und erledigen wird. Dies wird aber um so eher geschehen, je enger und geschlossener die Arbeiter in der Organisation hinter ihren Mannern stehen. Alle, ohne Ausnahme, müssen durch Beitritt zum Verbands bezeugen, daß sie gewillt sind, ihre Interessen zu vertreten. Andererseits aber müssen die organisierten Kollegen aber auch der Stadtverwaltung durch pünktliche und gewissenhafte Erfüllung ihrer Dienstpflichten beweisen, daß sie nur ihre Rechte verlangen, sondern auch ihre Pflichten erfüllen und sich damit der Erfüllung berechtigter Wünsche würdig machen wollen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Eine außerordentliche Teuerungszulage und zwar der sechs- bis siebenfachen Betrag der monatlichen Teuerungszulage in allen Arbeiter- und den besten gleichgestellten Bediensteten der preussisch-hessischen Hausverwaltung gewährt. Anspruch haben alle Arbeiter, die vor dem 1. Juli eingetreten waren. Offenbar werden nun auch die übrigen Staatsbetriebe das gleiche tun, denn notwendig haben sie bei der jetzigen Teuerung alle Arbeiter ohne Ausnahme.

Die bevorstehenden Änderungen im Mieterschutz. Angesichts der Wohnungsnot, der Anzugsschwierigkeiten und der großen Preissteigerungen für das Bauen hat der behördliche Schutz der Mieter durch ungerechtfertigten Mietsteigerungen und Mietskündigungen besondere Wichtigkeit gewonnen. Die im Juli vorigen Jahres beschlossene Verordnung des Bundesrats zum Schutze der Mieter ist im allgemeinen bewährt, aber es gilt jetzt, die Lücken auszufüllen und die ganze Einrichtung zweckentsprechend auszubauen. Die Erweiterung der Bundesratsverordnung ist auch demnächst zu erwarten und die beteiligten Kreise sind deshalb schon seit geraumer Zeit eifrig damit beschäftigt, ihre Wünsche zu formulieren und zur Geltung zu bringen. Eine gute Uebersicht über diese Wünsche und über die für sie geltend zu machenden Gründe hat im vergangenen eine in Frankfurt a. M. der diesen ganzen Gegenstand behandelnde Tagung der Mietminderungsämter gegeben, die durch ihre fortgesetzte praktische Erfahrung in diesen Dingen besonders heruhen sind, sich zu äußern. Danach berichtet der Kreis der Mietminderungsämter ziemlich weitgehende

Uebereinstimmung vor allem darüber, daß auch solche Mietverträge, die ohne besondere Kündigung ablaufen, den Entscheidungen der Mietminderungsämter unterstellt werden sollen, ebenso Neuvermietungen. Ferner wurde die weitere Ausdehnung der Mietminderungsämter auf alle Orte, wo ein Bedarf besteht, allgemein gefordert, desgleichen, daß die vor diesen Ämtern abgeschlossenen Verträge vollstreckbar sein sollen, während über die Vollstreckbarkeit der Entscheidungen der Mietminderungsämter die Meinungen geteilt waren. Ueberwiegend wurde auch gewünscht, daß über das bisherige Recht des Mieters, gegen Mietsteigerungen das Mietminderungsamt anzurufen, hinaus, eine allgemeine beschreibliche Genehmigungspflicht für diese Fälle in den einzelnen Orten solle eingeführt werden können, indes erhob sich doch auch nicht unbedeutender Widerspruch gegen diese Forderung. Auf der anderen Seite wurde aber auch eine Erweiterung des Schutzes der Vermieter gegenüber den Hypothekengläubigern ziemlich allgemein empfohlen. Man wird annehmen dürfen, daß die geplante Umänderung der Bundesratsverordnung sich ungefähr auf den Rahmen dieser Anregungen bewegen wird.

Einen Beweis für die gute finanzielle Lage der Landwirtschaft liefert der Geldzufluß in die ländlichen Spar- und Darlehenskassen. Auf dem kürzlich in Münster abgehaltenen westfälischen landwirtschaftlichen Genossenschaftstage wurde dafür ein treffender Beweis geliefert. Der Oekonomierat Cuabed führte zu diesem Punkte u. a. aus:

Der Geldzufluß ist nachgerade mit einem bindfadenartigen Landregen zu vergleichen, der die Wege und Gänge fast zum Ueberlaufen bringt und der Sammelstelle der ländlichen Zentralstelle die größte Sorge bereitet, wohin sie die ununterbrochenen Zuflüsse ableiten soll.

Von den westfälischen Genossenschaftskassen sind fast 400 Millionen Reich auf die Kriegsanleihen gezahlt worden. — Man sieht, daß es der Landwirtschaft nicht schlecht geht und Preissteigerungen sich mit der schlechten Lage der Landwirtschaft nicht begründen lassen. Die das Volk so sehr verbitternde Maßnahme der Getreidepreiserhöhung hätte daher ruhig unterlassen bleiben können. Wie sehr wir übrigens Recht hatten mit der Befürchtung, daß es bei einer Weizensteigerung von 2 Pfg. die man amtlich herausgerechnet hatte, keineswegs bleiben werde, zeigt sich jetzt, wo die neuen Brotpreise, die um 5 Pfg. das Pfund höher sind, angekündigt werden.

Der Erfolg entscheidet. Ein wie großes Verständnis die Kriegsanleiheversicherung unserer gemeinnützigen Deutschen Volkerversicherung in den Kreisen unserer Arbeiter und Angestellten gefunden hat, geht aus ihren steigenden Erfolgen mit erfreulicher Deutlichkeit hervor. Leider konnte die erstmalige Auflegung der Kriegsanleiheversicherung erst bei der sechsten Kriegsanleihe erfolgen, aber schon diese erbrachte 208 100 Mk. Kriegsanleihe, was schon infolge der Kürze der Zeit fast gar keine Verarbeitbarkeit dafür einfallen werden konnte. Bei der zweimaligen Auflegung der Kriegsanleihe auf 508 900 Mk. und bei der achten Kriegsanleihe auf 2 488 100 Mk. Diese Erfolge sind sicher ein Beweis für die steigende Beliebtheit unserer Kriegsanleiheversicherung. Es liegt darin das befreiende Bewußtsein, einerseits zum Erfolg der Kriegsanleihe beigetragen zu haben und damit zugleich einem sehr nützlichen Zweck zu dienen: für die Tage der Not vorzusorgen.

Es entspricht daher dem Wunsch aller, bei der neunten Kriegsanleihe einer noch größeren Erfolg zu erzielen. Alsdann ist es Pflicht, sich in dem Bestreben zu vereinen, nicht nur selbst eine Kriegsanleiheversicherung abzuschließen, sondern auch in Kreisen des- und Bekanntenkreisen für eine solche Versicherung zu werben.

Unsere Kriegsanleiheversicherung nützt dem Land und schützt vor Not. Sie führt auf die breite Straße: Schutz und Sicherheit vor unseren Feinden, Arden und Brot im freien Vaterlande.

